

Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift
Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft
Band: 189 (2023)
Heft: 4

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 12.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

DEUTSCHLAND

Neuer Verteidigungsminister macht vorwärts

Deutschlands Neo-Verteidigungsminister Boris Pistorius erhielt keine Aufwärmrunde. Bereits in seinen ersten 30 Tagen Amtszeit musste er wichtige Geschäfte betreffend der Unterstützung der Ukraine lösen. Eines davon: Wie können 30 Gepard-Fliegerabwehrpanzer in der Ukraine gegen russische Ziele schießen, wenn die Schweiz die Lieferung entsprechender Munition an die neue Endbenutzerin untersagt? Am NATO Verteidigungsministertreffen Mitte Februar präsentierte er die Lösung: «Wir werden jetzt unverzüglich wieder eine eigene Produktion aufnehmen, bei Rheinmetall, für Gepard-Munition. Diese wird sofort anlaufen.» Er habe sich für diesen Schritt entschieden, um nicht von der Schweiz abhängig zu sein, so der Minister. Entsprechend baut nun Rheinmetall in Niedersachsen eine neue Fertigungslinie für Munition der Kaliber 20 bis 35 Millimeter. Die Produktion beginnt im Juni, die ersten je 150 000 Patronen Treibspiegel- (Armour Piercing Discarding Sabot) und Spreng-

brand-Munition (High Explosive Incendiary) werden im Juli nach Kiew geliefert. Am Rande der NATO-Konferenz erwähnt Pistorius mit Blick auf die Gesamtleistung des Bündnisses, dass Flugabwehr, Luftraumüberwachung und Frühwarnsysteme, aber auch Pionierfähigkeiten vielerorts wieder auf- und wo möglich auch ausgebaut werden müssen. Deutschland will deshalb die «Gepard-Lücke», welche die Ausserdienststellung des Panzers vor zehn Jahren gerissen hat, schnellstmöglich schliessen. Pistorius erklärt darum die Zwei-Prozent-Verteidigungsbudgetregel zur minimalen Untergrenze und präzisiert kurz darauf, dass diese Zielgrösse vorher noch mit der Leitung in der SPD-Parteizentrale konsolidiert werden müsse. Dennoch sei klar, die Fähigkeiten

von vor 30 Jahren sollen wieder neu erlernt werden.

Anfang März besuchte er dann zum ersten Mal die Soldaten des seit 2017 im Baltikum stationierten deutschen Einsatzverbandes im Rahmen der «Enhanced Forward Presence» in Litauen. Dabei bekräftigte er die militärische Unterstützung zum Schutz des baltischen NATO-Partnerlandes. Später beobachtete er die gemeinsam mit den litauischen Streitkräften durchgeführte Militärübung «Griffin Lightning». Das auf dem Übungsplatz Pabrade durchgeführte Training diene der Abwehr eines Angriffs durch einen potenziellen Aggressor und fand direkt im Anschluss an die deutsche Truppenverlegung zu Wasser, Land und Luft statt. Die insgesamt rund 1450 Soldaten aus Deutsch-

land sind Teil der von Berlin bereitgehaltenen Kampfbrigade zur Verteidigung des Baltikums, die Bundeskanzler Olaf Scholz im Juni 2022 dem litauischen Präsidenten Nauseda versprochen hatte und seit Herbst 2022 im Land präsent ist. Während man in Vilnius aber davon ausgeht, dass die Taskforce ihren permanenten Standort in Zukunft im Rotationsprinzip in Litauen haben wird, ist man in Deutschland derzeit der Meinung, eine innert zehn Tagen im Bedarfsfall verlegbare kampfbereite Brigade vorzuhalten. Einige der Gründe dafür: In Litauen fehlt die geeignete Infrastruktur und die deutsche Bundeswehr kämpft vorerst noch mit Material- und Ausrüstungsproblemen. Laut Berichten gibt es zudem Probleme mit den modernsten Leopard 2 A7V, von welchen 30 der insgesamt 44 für die NATO-Verteidigung bereitgestellt werden müssen. Anfang Februar waren davon lediglich 20 einsatzbereit gewesen. Für Pistorius kein Grundsatzproblem, auch wenn das Hin- und Herschieben von Ausrüstung zwischen den Einsatzverbänden mittlerweile zur Usanz gehört. «Wir hatten einen Stau bei der Wartung und Instandsetzung und der wird jetzt aufgelöst», so der Verteidigungsminister. *pk*



Der deutsche Verteidigungsminister Boris Pistorius lässt sich in die Übungslage einweisen. Bild: Bundeswehr

MOLDAWIEN

Transnistrien als akutes Problem?

Ende Februar gab das Verteidigungsministerium der abtrünnigen Region Transnistrien in der Republik Moldau bekannt, dass für den 1. März mit einer militärischen Übung für ein sogenanntes «Friedenskontingent» begonnen wird. Dabei handelt es sich um ein dreimo-

natiges Ausbildungslager, das für alle Interessierten offenstehe. Die Regierung nehme gerne Bewerbungen entgegen, so die offizielle Mitteilung. Die Erklärung kam einen Tag, nachdem der Präsident von Transnistrien, Vadim Krasnoselsky, jede reale Gefahr in der Region abgestritten hatte. Dies trotz russischer Behauptungen, die Ukraine plane eine «bewaffnete Operation» gegen die Teilrepublik. Die Regierung in Chisinau erklärte darauf, sämtliche Behauptungen des russischen Vertei-

digungsministeriums seien frei erfunden. Die sogenannten «Friedenssoldaten» sind eine eher kleine Truppe von etwa 1500 Soldaten. Sie wurden in den 1990er-Jahren mit russischer Hilfe gebildet und sollte die abtrünnige Region schützen. In Tiraspol, der transnistrischen Hauptstadt, sieht man sich im strategischen Dilemma. Einerseits wird die Rotation von neuen russischen Soldaten seit letztem Sommer durch Moldawien verhindert, zudem fordert der moldawische Premi-

erminister Dorin Recean, dass sämtliche russischen Sicherheitskräfte aus der Region entfernt werden. Andererseits fühlt sich Transnistrien von der Ukraine bedroht und betont, dass es gegen diesen übermächtigen Feind keine Chance hat.

Zu Beginn des Ukraine-Krieges konnte man noch davon ausgehen, dass Russland versuchen würde, mittels eines Korridors durch die Südukraine den Zusammenschluss mit den Kräften Transnistriens zu suchen. Seit dem Rückzug aus Cherson

im November 2022 dürfte dieses Unterfangen jedoch vom Tisch sein. Weil der Krieg die russischen Streitkräfte zudem über das erwartete Mass strapaziert, scheinen die Ambitionen, aus Transnistrien heraus eine weitere Front gegen die Ukraine oder gar einen Krieg gegen Moldawien vom Zaun zu brechen, minimal. Für die abtrünnige Republik wird das nun zum Existenzproblem. Je weniger Unterstützung aus Moskau zu erwarten ist, desto grösser bewertet die transnistrische Regierung die Möglichkeit für eine grössere Aktion aus Moldawien respektive der Ukraine. Nur, diese Erzählung basiert auf der von Moskau gesteuerten staatlichen Propaganda. Es wird dabei behauptet, dass die moldawische Präsidentin Maia Sandu zusammen mit dem ukrainischen Präsidenten Wolodimir Selenskyj, paktiert, um auf diese Weise gemeinsam gegen die Separatisten



Russische TikTok-Revolution in Chisinau? Bild: Tass

vorzugehen. Natürlich gestützt vom Westen, der durch «dunkle Mächte» aus den USA geleitet wird. Untermuert mit einem auf Telegram veröffentlichten gefälschten Brief sollte im Februar angeblich die ukrainische Invasion bevorstehen. Moskau hat sämtliche Schleusen seiner Desinformationskampagne geöffnet und befeuert diese Propaganda via Social-Media Kanälen auf TikTok, Telegram, Face-

book usw. Es unterstützt Demonstrationen gegen die Regierung in Chisinau, propagiert damit ein Chaos in Moldawien und erklärt Sandu zur Marionette des Westens. Am Tag der sowjetischen Armee, dem 23. Februar, wurde durch das russische Verteidigungsministerium via den staatlichen Presseagenturen verbreitet, dass die Ukraine massive Störaktionen in der ganzen Region vorbereite. Tags

darauf wurde erklärt, dass ein Angriff auf die russischen Kräfte in Transnistrien als ein Angriff auf Russland selbst angesehen werde. Unterdessen gab Präsidentin Sandu bekannt, dass in ihrem Land massive russische Operationen im Schatten der vom Kreml angezettelten Anti-Regierungsdemonstrationen stattfinden. Offenbar ging es sogar darum, den Flughafen in Chisinau gewaltsam zu übernehmen, um damit den russischen Nachschub nach Transnistrien sicherzustellen. Denn damit will man, so mehrere Pressemeldungen aus Russland, die Truppen und Munition nach Transnistrien bringen, um von dort mittels einer Front den Südwesten der Ukraine um Odessa und Mikolajew vom Schwarzen Meer abzuschneiden. *pk*

POLEN / SLOWAKEI

Lieferung von Mig-29 an die Ukraine

Anfangs März liess der slowakische Verteidigungsminister Jaroslav Nad die Katze aus dem Sack. Gemeinsam mit Polen wird er insgesamt 40 Mig-29 Kampflugzeuge nach Kiew schicken. Der Entschluss wurde am Rand des EU-Verteidigungsminis-

tertreffen am 8. März in Schweden gefällt. Die zehn slowakischen Maschinen aus der Lieferung wurden Ende letztes Jahr ausser Dienst gestellt. Wie schnell die Flugzeuge geliefert werden, wurde nicht thematisiert. Polens Präsident Andrei Duda zeigte deshalb die grundsätzliche Bereitschaft seines Landes, auch die letzten noch vorhandenen 30 Flugzeuge, die teilweise noch aus alten DDR-Beständen stammen, abzugeben. Diesem gemeinsamen Ver-

sprechen gehen erste Sondierungen aus Bratislava Ende 2022 voraus, als man dort zum ersten Mal konkreten Willen zur Flugzeuglieferung zeigte, jedoch stets unter der Voraussetzung, dass weitere Länder mitziehen. Für Polen war deshalb im Februar klar, ebenfalls liefern zu wollen, in Warschau stellte man aber konkrete Bedingungen. Einerseits sollten die USA als Lead-Nation die Flugzeuglieferungen koordinieren. Andererseits stellte damals der polnische Premierminister Mateusz Morawiecki eine klare Bedingung: geeigneten Ersatz. Dieser wird nun in Form von F-16-Kampffjets erfolgen. Für Polen – das zudem als logistischer Hub für sämtliche Waffenlieferungen in die Ukraine gilt – dürfte das ein fairer Deal sein, um seine eigene Luftwaffe zu erneuern. *pk*

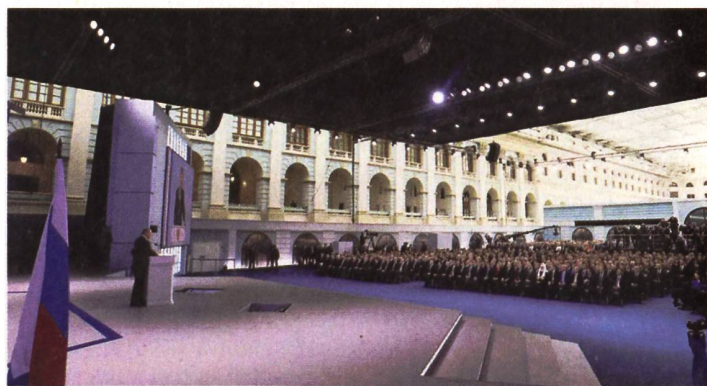


Polnische Mig-29 erhalten bald ukrainische Hoheitszeichen. Bild: US Defense News

RUSSLAND

Zur Lage der Nation

Ginge es nach Putin, dürfte spätestens seit seiner Rede zur Lage der Nation Mitte Februar sein Volk endlich aufstehen und der von ihm herbeiersehnte Sturm losbrechen. In einem Rundumschlag geisselte er alles Nicht-Russische auf dieser Welt: das angebliche Neonazi-Regime in der Ukraine, des Westens Schuld am Krieg, die Pädophilie infolge LGBTQI-Gesetze und Selenskis Biolabore. Lange sprach er von den unnützen Sanktionen gegen sein Land und dass als Resultat davon lediglich die Menschen in Deutschland und Europa in kalten Stuben sassen, von ihren eigenen Regierungen verraten. Allein, seine Aussenpolitik wäre Garant zum Erfolg und somit einziger Weg, um nicht in der gleichen perversen



Putin spricht zur Lage der Nation. Bild: Kreaml

Welt wie es der Westen wäre, zu enden. Die Annexionen der Krim und weitere Teile des Ostens der Ukraine sei Beweis, dass dieses Land historisch gesehen russisches Gebiet sei. Die mehrstündige Rede war eine Ansammlung von falschen Behauptungen. Bemerkenswert ist das heftige Säbelrasseln mitsamt aller mitgelieferten Drohungen, die auf dem Schlachtfeld jedoch seit Längerem nicht mehr manifest werden. Neue Raketen versagen ihren Dienst (wie kürzlich die Explosion einer Satan II), die vermutete Generalmobilmachung blieb aus, Tschetschenen-Führer Kadyrow und Wagner-Chef Prigoschin loten aus, wie weit sie den Präsidenten kritisieren dürfen, und ein grosser Teil der russischen Elite und der besser informierten Bürger versucht sich

wenn immer möglich von der Regierung zu distanzieren. Kurz, Russland war nicht darauf vorbereitet, einen so gross angelegten Konflikt vom Zaun zu brechen. Das führt dazu, dass der Hauptakteur in diesem Krieg unterdessen Putin selbst ist. Inwieweit die Saalordnung während seiner Rede als Sinnbild für die allmählich immer grösser werdende Distanz der Russen zu ihrem Präsidenten dient, soll offen bleiben. Beobachter meinten dazu schon mal scherzeshalber, dass russische Pistolen nur bis 15 Meter Distanz treffen können, weshalb Putins Rednerpult in 25 Meter Entfernung aufgestellt wurde. *pk*

CHINA

Deutliche Erhöhung des Sicherheitsetats

China hat zum Auftakt des Nationalen Volkskongresses die höchste Steigerung seiner Verteidigungsausgaben der vergangenen vier Jahre angekündigt. Der scheidende Ministerpräsident Li Keqiang verwies dabei auf «Versuche von aussen, China zu unterdrücken und einzudämmen, eskalieren». In Bezug auf Taiwan sprach Li von einer «friedlichen Wiedervereinigung Chinas», die vorangebracht werden solle. Für das Wirtschaftswachstum wurde ein relativ niedriges Ziel von «rund fünf Prozent» für 2023 ausgegeben. Der von Li vorgestellte Haushaltsplan sieht eine Erhöhung der Rüstungsausgaben um 7,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr vor. Damit stünden in diesem Jahr 1,55 Billionen Yuan (210 Milliarden Franken) für den Wehretat zur Verfügung. Ministerpräsident Li sagte vor den knapp 3000 Delegierten in Peking, Chinas Streitkräfte sollten «die militärische Ausbildung und das Training in allen Bereichen intensivieren, mehr Energie auf die

Ausbildung unter Kampfbedingungen verwenden und die militärische Arbeit in allen Richtungen und Bereichen verstärken».

Mit den nun verkündeten 7,2 Prozent steigen die Verteidigungsausgaben Pekings in diesem Jahr etwas mehr als 2022; im vergangenen Jahr hatte der Anstieg bei 7,1 Prozent gelegen. China arbeitet seit Jahren an der Modernisierung seines Militärs. Bis 2050 soll es nach den Plänen Pekings in eine «Weltklasse»-Truppe umgebaut werden, die es mit den westlichen Mächten aufnehmen kann. Die USA liegen mit geplanten 800 Milliarden Dollar (751 Milliarden Euro) Verteidigungsausgaben nach wie vor mit Abstand weltweit an erster Stelle. Ausländische Experten sind allerdings davon überzeugt, dass China, die Nummer zwei bei den Rüstungsausgaben, tatsächlich weit mehr als offiziell bekannt für sein Militär ausgibt. Niklas Swanström vom schwedischen Institut für Sicherheits- und Entwicklungsstrategie sieht in Pekings Verteidigungsausgaben eine Investition «in seine Fähigkeit, Taiwan einzunehmen und die USA aus der Region fernzuhalten». Es gebe einen «Rüstungswettlauf in Nordostasien», den China mit seiner Aufrüstung vorantreibe. *sc*

INDIEN

Streitkräfte erhalten AK-203

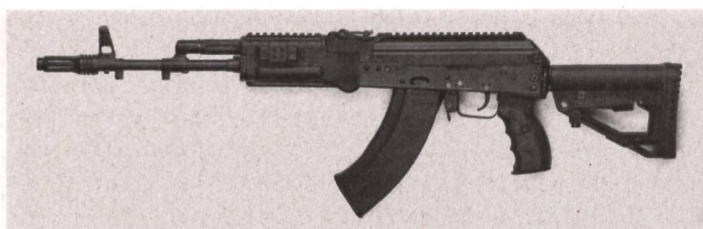
Die erste Serie von AK-203-Ge-wehren ist von der Indo-Russian Rifles Private Limited (IRRPL) im indischen Werk gefertigt und für die baldige Übergabe an die indischen Streitkräfte vorbereitet worden. Dies gab das aus dem staatlichen Ordinance Factory Board, dem Kalaschnikow-Konzern und Rosoboronexport bestehende Joint Venture in einer Stellungnahme bekannt. Nach der ersten Lieferung von

70 000 in Russland gefertigten AK-203 ab Januar 2022 sollen in den nächsten Jahren über eine halbe Million Waffen aus indischer Fertigung folgen. Die Wurzeln der AK-203 gehen zurück auf das Jahr 2007. Nach zahlreichen Entwurfsschleifen und einer Teilnahme am Ratnik-Pro-

gramm 2013 entwickelte der Kalaschnikow-Konzern das Gewehr bis 2019 weiter und verwendet seitdem die Bezeichnung AK-203 für den aktuellen Konstruktionsstand.

Der klassische Gasdruckkammer mit Drehkopfverschluss im Kaliber 7,62 mm × 39 weist eine

aus dem vom Ratnik-Programm unabhängig entwickelten KM-AK-Satz bestehende Modifikation in Form eines Gehäuse-deckels und Gasrohrabdeckung umfassenden Picatinny-Schiene auf. Zudem verfügt das Gewehr über seitliche Montage-möglichkeiten für Licht oder Laser am Handschutz und eine der frühen AK-12 entsprechende, in der Länge verstellbare Schulterstütze. Bei den russischen Streitkräften erfolgte die Einführung in minimalen Stückzahlen mit dem Grau Index 6P45-1. Die Ankündigung, dass Indien sein dringliches Gewehrproblem mit der AK-203 zu



Eine AK-203, die nun bei den indischen Streitkräften eingeführt wird.

Bild: Kalaschnikow-Konzern

lösen gedenkt, erfolgte im März 2019 durch den indischen Premierminister Narendra Modi. Um den nötigen Technologietransfer zu realisieren und die Fertigung aufzubauen, wurde das IRRPL gegründet. Die Anteile des Joint Venture werden auf indischer Seite zu 50,5 Prozent durch die dem Verteidigungsministerium gehörenden Ordnance Factory Board, auf russischer Seite zu 42 Prozent dem

Kalashnikow-Konzern und zu 7,5 Prozent durch Rosoboronexport gehalten.

Der für die Ablösung der unbeliebten Insas-Gewehre und die Vereinheitlichung des überaus inhomogenen indischen Gewehrbestandes notwendige Produktionsstart verzögerte sich immer weiter. Die Lieferung des ersten Loses wurde aus russischer Fertigung vereinbart und erfolgte ab Januar 2022. Mit

der nun erfolgten Bekanntgabe scheint die Fertigung auch am indischen Standort mit geplant steigender Intensität angelaufen zu sein. Der Bedarf der indischen Streitkräfte ist indes unklar. Ursprünglich wurden von den Verantwortlichen Volumina in der Grössenordnung von 600 000 bis 700 000 Gewehren angeführt. Es ist aber unklar, ob darin auch polizeiliche Kunden, insbesondere der einzel-

nen Bundesstaaten, enthalten sind. Auch konstruktiv ist die Zukunft der AK-203 zumindest mit einem Fragezeichen zu versehen. So teilt der Entwurf doch einige Gemeinsamkeiten mit der frühen Ausführung der AK-12, welche mittlerweile verworfen respektive weiterentwickelt worden ist. Es bleibt daher abzuwarten, wie das indische Gewehrprogramm weitergehen wird. *Sc*

SÜDKOREA

USA und Südkorea kündigen neue Militärübungen an

Trotz Drohungen Nordkoreas halten die USA zusammen mit ihrem Verbündeten Südkorea

Mitte März neue Militärübungen ab. Die Kommandoübung «Freedom Shield» dauerte elf Tage, teilten die US-Streitkräfte Korea (USFK) mit. In die Stabsrahmenübung, die auf Computersimulationen beruht, wurden auch Übungen im Gelände integriert. Zweck der Übungen sei es, die militärische Kooperation der Streitkräfte beider Länder

durch «Luft-, Land-, See-, Weltraum-, Cyber- und Spezial-Einsätze» zu verbessern. Zur Abschreckung Nordkoreas haben die USA 28 500 Soldaten in Südkorea stationiert. Wie Japan stellen die USA auch Südkorea unter ihren atomaren Schutzschirm. Das wegen seines Atomwaffenprogramms isolierte Nordkorea hatte zuletzt mit harten Ge-

genmassnahmen gedroht, sollten die USA und Südkorea weitere Militärübungen veranstalten. Beobachter sahen dies als Hinweis auf eine neue Serie von Raketentests oder einen neuen Atomtest. Washington und Seoul weisen alle Vorwürfe Pjöngjangs zurück, mit den Manövern einen Angriff vorzubereiten. *Sc*

TAIWAN

USA liefern Taiwan Waffen im Wert von 619 Millionen Dollar

Die Vereinigten Staaten verstärken die militärische und politische Unterstützung für Taiwan. Wie das Pentagon anfangs März mitteilte, genehmigte das State Department mögliche Rüstungslieferungen im Wert von 619 Millionen Dollar, darunter Raketen für F-16-Kampfflugzeuge. «Der vorgeschlagene Verkauf wird die Fähigkeit des Empfängers erhöhen, seinen Luftraum zu verteidigen, ebenso wie die regionale Sicherheit und die Interoperabilität mit den Vereinigten Staaten», heisst es in der Mitteilung. Die beteiligten Rüstungskonzerne Lockheed Martin und Raytheon Technologies hatte China im Februar auf seine Sanktionsliste gesetzt. In den vergangenen Tagen war zudem bekannt ge-



Streitkräfte Taiwans üben den Kampf in überbautem Gebiet. Bild: Wikimedia Commons

worden, dass das amerikanische Militär die Ausbildung taiwanischer Soldaten intensivieren will. Zu diesem Zweck sollen künftig deutlich mehr amerikanische Soldaten in Taiwan stationiert werden. Ihre Zahl soll von zuletzt etwa 30 auf 100 bis 200 erhöht werden. Das wäre die höchste Zahl seit Jahrzehnten.

Die Stationierung ist ein sensibles Thema, seit die Vereinigten Staaten sich 1972 gegenüber China zu einem Abzug seiner (damals viel umfangreicheren Truppen) als «ultimatives Ziel» bekannt haben, aller-

dings unter der Bedingung sinkender Spannungen. Dass die Zahlen bekannt wurden, ist schon für sich genommen ein Signal. Bisher wurde die Präsenz der Soldaten diskret behandelt, auch wenn China freilich davon wusste. Zugleich will Taiwan erstmals ein ganzes Bataillon, also etwa 500 Personen, zum gemeinsamen Training mit amerikanischen Kräften in die Vereinigten Staaten entsenden. Bisher war dies nach Angaben von Verteidigungsminister Chiu Kuo-cheng maximal in Kompaniestärke von bis zu 100 Mann

der Fall. Der Minister sprach kürzlich von einer Erweiterung bestehender Vereinbarungen. Das Training werde beide Streitkräfte mit der Operationsweise und den Doktrinen der jeweils anderen Seite vertraut machen. Die Ausbildung der taiwanischen Armee steht seit Langem in der Kritik. Im Dezember hatte die Regierung den Wehrdienst von vier Monaten auf ein Jahr verlängert. Auffallend sichtbar wurde zuletzt auch das jährliche Treffen ranghoher Aus- und Verteidigungspolitiker beider Seiten abgehalten. Ausserminister Joseph Wu und der Leiter des taiwanischen Sicherheitsrats, Wellington Koo, liessen sich fröhlich winkend dabei filmen, wie sie das American Institute in Taiwan, die amerikanische De-facto-Botschaft, betraten. Dem Institut soll künftig Laura Rosenberger vorstehen, die zuvor in Washington dem Nationalen Sicherheitsrat als Verantwortliche für China und Taiwan angehörte. *Sc*